

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Dienstag, **16.10.2007**, 17:24 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr RH Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Herr RH Richard-Michael Halberstadt (bis 19:21 Uhr), Frau RF Eleonore Heyne, Herr Hubert Lenich, Herr RH Josef Messing, Frau RF Ursula Möllers, Herr RH Robert Otte, Frau RF Barbara Stober,

von der SPD-Fraktion

Frau RF Beanka Ganser, Frau Anne Garbe, Frau Elke Haves-Cloppenburg, Frau RF Anne Schulze Wintzler, Herr RH Joachim Tonn,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Birgit Edler (bis 19:52 Uhr), Frau RF Maria Klein-Schmeink, Herr Bernhard Korn, Herr Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion

Herr RH Ulrich Eisenack,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau RF Hannelore Wiesenack-Hauß,

von der PDS/LL

Herr RH Ali Atalan (17:37 Uhr bis 18:53 Uhr),

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner auf Vorschlag des Ausländerbeirats

Herr Dimitris Arsenis,

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner auf Vorschlag der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen

Frau Dr. Ursula Hoppe,

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner auf Vorschlag des Runden Tisches – Seniorinnen und Senioren

Frau Helga Hitze,

Es fehlten:

Herr Stephan Pohlkamp, Frau RF Brigitte von Schoenebeck, Herr Osman Öztürk,

Gäste

Herr Dr. Thomas Gahlen,

von der Verwaltung

Herr Stadtrat Thomas Paal, Frau Christine Adams, Frau Claudia Brockmann, Herr Dr. Eckhardt Gollmer, Herr Felix Graf von Plettenberg, Frau Barbara Hamisch, Frau Dr. Christiane Kappenstein, Frau Ulrike Otto, Frau Gabriele Regenitter, Frau Gabriele Rickert, Herr Thomas Schulze auf'm Hofe, Frau Dr. Annette Siemer-Eikermann, Frau Andrea Weber, Herr Michael Willamowski, Herr Andreas Woltering,

Schriftführer

Herr Frank Treutler,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 16.10.2007.

Tagesordnung:

- | | | |
|---|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| <u>Bericht der AMS</u>
(02.10.2007) | 4. | Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Münster im Rechtskreis SGB II Januar bis September 2007 |
| <u>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 12.09.2007</u> | 5. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 12.09.2007; Anfragen und Anregungen zum Aufgabenbereich psychiatrische/psychosoziale Versorgung; Stellungnahme und Hinweise der Verwaltung |
| <u>V/0723/2007</u>
V | 6. | Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen |
| <u>V/0764/2007</u>
V | 7. | "Älter werden in Münster"; Leitantrag zur Sozialpolitik für Seniorinnen und Senioren, "Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Sicherung des Selbständigen Wohnens ausbauen" |
| | 8. | Verschiedenes |

Herr Messing eröffnete um 17:24 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung gedachten die Anwesenden der verstorbenen Frau Magdalene Gefroi.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete Herr Messing Herrn Bernhard Korn nach Verlesen der Verpflichtungsformel durch Handschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Ganser mit Hinweis auf den Wunsch der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen, die unter TOP 7 vorgesehene Vorlage ohne Beratung zu vertagen. Herr Messing empfahl für die CDU-Fraktion, die Vorlage zu beraten, eine Entscheidung jedoch erst in der kommenden Sitzung zu treffen.

Mit 5 Fürstimmen (SPD) und 13 Gegenstimmen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) lehnte der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion ab und beschloss, die Vorlage in der heutigen Sitzung zu beraten, eine Entscheidung jedoch erst in der kommenden Sitzung zu treffen.

Herr Messing machte ferner darauf aufmerksam, dass eine Mitteilung der Verwaltung für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorliege. Gegen die Erweiterung um einen nichtöffentlichen Sitzungsteil wurden keine Einwände erhoben. Die Tagesordnung wurde damit wie folgt festgesetzt:

Tagesordnung:

- | | | |
|---|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| <u>Bericht der AMS</u>
(02.10.2007) | 4. | Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Münster im Rechtskreis SGB II Januar bis September 2007 |
| <u>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 12.09.2007</u> | 5. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 12.09.2007; Anfragen und Anregungen zum Aufgabenbereich psychiatrische/psychosoziale Versorgung; Stellungnahme und Hinweise der Verwaltung |
| <u>V/0723/2007</u>
V | 6. | Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen |

V/0764/2007
V

7. "Älter werden in Münster"; Leitantrag zur Sozialpolitik für Seniorinnen und Senioren, "Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Sicherung des Selbständigen Wohnens ausbauen"
8. Verschiedenes

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 16.10.2007

Herr Messing verwies des Weiteren auf die Information der Verwaltung über den Vorbereitungsstand und die weitere Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) im Anschluss an die Sitzung. Schließlich erwähnte Herr Messing die mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung versandte Vorlage V/0745/2007 (Struktur der künftigen kommunalen Gesundheitsberichterstattung über die psychiatrische Versorgung in Münster), die der Ausschuss am 04.12.2007 beraten werde.

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung

Eingänge

Herr Willamowski verwies auf die, den Mitgliedern vorliegende, Vorlage V/0543/2007: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat A-R/0020/2007 vom 02.05.2007 "Münster gibt jedem Kind eine Chance - Fairen Zugang zu Bildung, Gesundheit und früher Förderung sichern", die der Hauptausschuss am 29.08.2007 einstimmig beschlossen habe. Der HA hat die Vorlage (liegt den Mitgliedern vor) einstimmig beschlossen.

In dem Zusammenhang informierte Herr Willamowski die Mitglieder über Zahlen der Kinder und Jugendlichen mit Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt, die die Vorlage ankündigt; die Informationen sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.

Punkt 3.2 der Tagesordnung

Mitteilungen

Herr Willamowski

- 3.2.1** verwies auf den vor Beginn der Sitzung verteilten Controllingbericht des Sozialamtes Januar – September 2007, der der Niederschrift ebenfalls beigelegt ist – **Anlage 2**;
- 3.2.2** berichtete über den aktuellen Umsetzungsstand der Konsolidierungsvorhaben im Bereich der Kosten der Unterkunft; eine Zusammenfassung seiner Hinweise ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**;
- 3.2.3** informierte über die Aktivitäten des Mehrgenerationenhauses im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, dessen Besucherzahl seit April 2007, insbesondere dank neuer Initiativen und Angebote im Programm sowie der Einbindung neuer Kooperationspartner (z. B. Alzheimergesellschaft Münster e.V. und Evangelischen Familienbildungsstätte), kontinuierlich zunehme; die Eröffnung des Generationencafé und des Mittagstisches (mo-fr) fördere

den Austausch zwischen Jung und Alt und gebe der Unterstützung von Familien neuen Raum und Ideen, das Mehrgenerationenhaus entwickle sich zusehends zu einer Drehscheibe für soziale Dienstleistungen und vernetzte Nachbarschaftshilfen; das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend habe das Dietrich-Bonhoeffer-Haus, auch aufgrund der bisherigen Befunde der wissenschaftlichen Begleitung, inzwischen als eines der Leuchtturmprojekte in NRW ausgewiesen, für die das Ministerium weitere Mittel zur Verfügung stelle;

- 3.2.4** teilte mit, dass Frau Christine Adams seit 1. Oktober 2007 die Funktion der stellvertretenden Amtsleiterin des Sozialamts wahrnehme.
- 3.2.5** Herr Treutler berichtete, dass die Bezirksregierung Münster mit Zuwendungsbescheid vom 26.07.2007 für das Programm Soziale Stadt, Kinderhaus-Brüningheide, weitere Leistungen von zusammen 209.000 €, auf der Basis weiterer zuwendungsfähiger Kosten von 348.000 €, als Verpflichtungsermächtigung in 2010 bewilligt habe; die Verwaltung werde zur kommenden Beratungskette eine Vorlage mit Finanzierungsempfehlungen für das Jahr 2010 anfertigen.

Herr Stadtrat Paal

- 3.2.6** stellte schriftliche Informationen über Stand und Umsetzungsperspektiven der Konsolidierungsmaßnahmen in der Sitzung am 08.01.2008 in Aussicht und
- 3.2.7** beantwortete die von Frau Ganser in der Sitzung am 21.08.2007 formulierten Nachfragen zur kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung; die Antwort ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 4**. Herr Stadtrat Paal beantwortete weitere Einzelfragen der Mitglieder. Frau Ganser und Herr Messing regten an, die Schwerpunktthemen „Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung“ sowie „Jugendarbeitslosigkeit“ in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familie zu beraten. Herr Messing hat die Frage der gemeinsamen Sitzung zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit“ beim Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien bereits angesprochen, der grundsätzliche Zustimmung signalisiert hat. Herr Paal wird dies zum Anlass nehmen, die Möglichkeit einer gemeinsamen Sitzung zu eruieren.

Punkt 4 der Tagesordnung

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Münster im Rechtskreis SGB II Januar bis September 2007

Frau Otto stellte sich als neue Leiterin des Geschäftsbereichs „Leistungsgewährung“ der AMS vor, in deren Zusammenhang sie zugleich die Funktion der stellvertretenden Geschäftsführerin wahrnehme. Nach einigen Worten über seine Person erläuterte Herr Dr. Gahlen die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Münster sowie die Schwerpunkte, Umfang und Wirkungen der Fördermaßnahmen seitens der AMS. Herr Dr. Gahlen skizzierte ferner die aktuelle Personalsituation in der AMS; eine Zusammenfassung dieser Hinweise ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 5**.

Im Verlauf der Aussprache beantworteten Herr Dr. Gahlen und Herr Stadtrat Paal Nachfragen der Mitglieder.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Klein-Schmeink:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung möge beschließen:

1. Die Verwaltung erstellt kurzfristig einen Bericht zum Stand der Vorbereitung einer Rahmenvereinbarung über die Kooperation von Jugendhilfe und dem U25 Bereich der AMS

und legt diesen Bericht dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung vor.

2. Die Verwaltung berichtet über Anzahl und Gründe von Sanktionen, die Jugendlichen im SGB II Bezug seit August letzten Jahres auferlegt wurden und legt ein Verfahrenskonzept der Jugendhilfe vor, das sicherstellt, dass Jugendliche nach verhängten Sanktionen nicht in Wohnungslosigkeit und andere schwerwiegende Notlagen abgedrängt werden und ihnen die nach der Jugendhilfe geforderte präventive Unterstützung und Förderung zukommt.

Herr Otte empfahl, das inhaltliche Anliegen im Rahmen der avisierten (TOP 3.2.7) gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung mit dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien im kommenden Jahr zu erörtern. Namens ihrer Fraktion verzichtete Frau Klein-Schmeink daraufhin auf eine Abstimmung über den Antrag.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 12.09.2007; Anfragen und Anregungen zum Aufgabenbereich psychiatrische/psychosoziale Versorgung; Stellungnahme und Hinweise der Verwaltung

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Klein-Schmeink, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschließen möge:

1. Die Verwaltung legt dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung rechtzeitig zu den Etatberatungen eine Aufstellung über die Personalbelastung im Bereich des sozialpsychiatrischen Dienstes und der Psychiatriekoordination vor dem Hintergrund gestiegener Fallzahlen und gesetzlicher Anforderungen (z.B. aus Clearingverfahren) vor.
2. Die Verwaltung stellt sicher, dass zeitnah zusammen mit den im Bereich der psychiatrischen Notfallbehandlung und Krisenintervention tätigen Trägern und Institutionen den Ursachen der hohen Quote von Zwangsunterbringungen nach Psych-KG und Betreuungsrecht nachgegangen wird. Die nachfolgende Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur Weiterentwicklung der Krisenintervention ist davon unbeschadet.
3. Die Verwaltung wird gebeten, sich für eine zeitnahe Erstellung eines Konzeptes sowie konkreter Handlungsschritte zur Ausweitung des Angebotes an tagesstrukturierender Beschäftigung und niedrigschwelliger Arbeitsangebote einzusetzen.

Frau Dr. Kappenstein und Herr Dr. Gollmer beantworteten im Verlauf der ausführlichen Diskussion Nachfragen der Mitglieder.

Für den Fall, dass sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zu Eigen mache, empfahl Herr Stadtrat Paal Ziffer 2 des Antrags um folgenden Satz zu ergänzen:

Das Ergebnis der Analyse soll im Herbst 2008 vorliegen, spätestens aber bis zur Beratung in der Gesundheitskonferenz im Frühjahr 2009.

Frau Klein-Schmeink stimmte der Ergänzung der Ziffer 2 des Antrags namens ihrer Fraktion zu.

Herr Eisenack beantragte, über den Antrag ziffernweise abzustimmen; gegen den Antrag wurden Einwände nicht geäußert.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung stimmte den Ziffern 1 und 2 des Antrags einstimmig zu.

Ziffer 3 des Antrags wurde mit neun Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und neun Gegenstimmen abgelehnt.

Damit beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung:

1. Die Verwaltung legt dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung rechtzeitig zu den Etatberatungen eine Aufstellung über die Personalbelastung im Bereich des sozialpsychiatrischen Dienstes und der Psychiatriekoordination vor dem Hintergrund gestiegener Fallzahlen und gesetzlicher Anforderungen (z.B. aus Clearingverfahren) vor.
2. Die Verwaltung stellt sicher, dass zeitnah zusammen mit den im Bereich der psychiatrischen Notfallbehandlung und Krisenintervention tätigen Trägern und Institutionen den Ursachen der hohen Quote von Zwangsunterbringungen nach Psych-KG und Betreuungsrecht nachgegangen wird. Die nachfolgende Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur Weiterentwicklung der Krisenintervention ist davon unbeschadet. Das Ergebnis der Analyse soll im Herbst 2008 vorliegen, spätestens aber bis zur Beratung in der Gesundheitskonferenz im Frühjahr 2009.

Punkt 6 der Tagesordnung VI/0723/2007

Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen

Frau Regenitter fasste die Aussagen des Geschäftsberichts des Amtes für Wohnungswesen für das Jahr 2006 kurz zusammen. Sie und Herr Stadtrat Paal beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Frau Regenitter sicherte dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung eine ergänzende Information über städtische Belegungsrechte zur Versorgung am Wohnungsmarkt benachteiligter Haushalte zu. Das Dokument ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 6**.

Frau Ganser, Frau Klein-Schmeink und Herr Messing lobten den Bericht und sprachen Frau Regenitter ihren Dank aus. Der Ausschuss quittierte diese Äußerungen mit Beifall.

Punkt 7 der Tagesordnung VI/0764/2007

"Älter werden in Münster"; Leitantrag zur Sozialpolitik für Seniorinnen und Senioren, "Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Sicherung des Selbständigen Wohnens ausbauen"

Wie unter Punkt 2 der Tagesordnung beschlossen wurde die Vorlage in der Sitzung beraten, die abschließende Beschlussfassung aber für die Sitzung am 04.12.2007 vorgesehen.

Herr Schulze auf'm Hofe und Frau Rickert stellten die Vorlage mit ihren wesentlichen Kernpunkten vor; weitere Informationen werden in der Sitzung am 04.12.2007 gegeben.

Einzelne Mitglieder nahmen zu der Vorlage Stellung. Frau Ganser und Frau Dr. Hoppe beantragten Schluss der Aussprache (§ 17 Geschäftsordnung des Rates). Gegen die Anträge wurden Einwände nicht vorgetragen. Herr Messing beendete daraufhin die Beratung dieses Tagesordnungspunkts.

Punkt 8 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Wortmeldungen lagen nicht vor.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 20:15 Uhr

gez.
Josef Messing
Vorsitz

gez.
Frank Treutler
Schriftführung